

Forschungspapier

Momentum Kongress 20222

Track #3: Der Wohlfahrtsstaat in der Transformation

Europäische Sozialstaaten in der Covid-19-Krise

Zwischen Renaissance und Kurskorrektur

Autor: Vincent Perle (Ludwig Boltzmann Institut für Grund- und Menschenrechte)

vincent.perle@gmx.at

ABSTRACT

Die Covid-19-Krise und die durch sie verursachten ökonomischen und sozialen Verwerfungen führten europaweit zu umfassenden sozialpolitischen Reaktionen und vielerorts zu einer zumindest temporären Stärkung des Sozialstaates. Der vorliegende Beitrag diskutiert anhand exemplarischer Beispiele die sozialpolitischen Krisenreaktionen unterschiedlicher europäischer Sozialstaaten, versucht bestimmte Trends und Diskurse nachzuzeichnen und Maßnahmen mit innovativem Potenzial zu identifizieren. Es wird aufgezeigt, dass der Sozialstaat als Garant sozialer Rechte während der Pandemie (wieder) verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit rückte, eine strukturelle Neuausrichtung der jeweiligen Sozialstaaten in der Regel aber ausblieb. Bisher oft vernachlässigte Themen wie etwa das Recht auf Wohnen wurden teils verstärkt adressiert und vereinzelte Lücken in der sozialen Absicherung zumindest temporär geschlossen.

EINLEITUNG

Die Covid-19-Pandemie ließ ab dem Frühjahr 2020 kaum einen Lebensbereich unberührt. Sie stellte nicht nur eine unmittelbare gesundheitliche Gefährdung dar, sondern verursachte europaweit ökonomische und soziale Verwerfungen. Die verhängten gesundheitspolitischen Maßnahmen führten zu einer massiven Beschneidung politischer, aber auch sozialer Rechte (Grasso et al. 2021). Im Gegensatz zur Finanzkrise, die durch eine geplatze Spekulationsblase ausgelöst wurde, handelte es sich bei der Pandemie um einen exogenen Schock, der die Staaten Europas und deren Bevölkerung mehr oder weniger symmetrisch zu treffen schien. ‚We’re in this together‘, lautete das ausgegebene

Credo. Im Widerspruch dazu wurde jedoch schnell deutlich, dass die Krise bestimmte Gruppen überproportional stark traf und zu einer Vertiefung bestehender bzw. zur Entstehung neuer sozialer Ungleichheiten führte (Adams-Prassl et al. 2020). Wie bereits in vergangenen Krisen litten jene Personen, die bereits vor der Pandemie mit Marginalisierung und prekären Lebens- bzw. Arbeitsbedingungen konfrontiert waren, am stärksten unter der Covid-19-Krise. Zu diesen Personengruppen zählen unter anderem Menschen, die von Armut und sozialer Exklusion gefährdet sind, Menschen mit Behinderungen, Obdach- bzw. Wohnungslose sowie Menschen mit Migrationshintergrund oder prekärem Aufenthaltsstatus. Aber auch das Geschlecht und Alter spielten eine bedeutende Rolle. Beispielsweise, weil Frauen sowohl unter den systemrelevanten Arbeitskräften deutlich überrepräsentiert sind, als auch in jenen Branchen, die von den verordneten Schließungen besonders drastisch betroffen waren, sie sich oft in atypischen und prekären Beschäftigungsformen befinden und den Großteil der zusätzlich angefallenen Sorgearbeit schultern mussten.

Während die staatliche Sozialpolitik im Anschluss an die Finanzkrise wesentlich von einer rigiden Austeritätspolitik geprägt war, setzten die meisten europäischen Staaten im Zuge der Covid-19-Krise auf eine starke fiskalische Reaktion und eine breite Palette an sozialpolitischen Krisenmaßnahmen. Dadurch kam es – zumindest temporär – zu einer deutlichen Stärkung des Sozialstaates (Moreira & Hick 2021). Das spiegelt sich u. a. in den vielerorts signifikant gestiegenen Ausgaben für Sozialschutzleistungen¹ wider. Die Covid-19-Krise hat dabei auch gezeigt, dass jene Länder, die unter den Auswirkungen der Finanzkrise und der anschließenden Austeritätspolitik am stärksten litten, wirtschaftlich besonders anfällig für externe Schocks blieben und in ihrer Krisenreaktion mit einem fiskalisch eingeschränkten Handlungsspielraum konfrontiert waren (Aidukaite et al 2021; Moreira et al 2021). Während der Sozialstaat in den letzten Jahrzehnten vielerorts von einem Rückbau betroffen war, rückte dieser im Angesicht der Pandemie und den in Reaktion darauf ergriffenen Maßnahmen wieder verstärkt in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Angesichts der Überlastung öffentlicher Gesundheitseinrichtungen, drohender Massenarbeitslosigkeit und den potenziell verheerenden Auswirkungen der Krise auf viele Unternehmen verstummten die Rufe nach einem ‚schlanken Staat‘.

Der vorliegende Beitrag zeigt einerseits europäische Trends hinsichtlich der sozialpolitischen Reaktion auf die Covid-19-Krise auf und identifiziert Maßnahmen mit innovativem Potenzial. Andererseits wird diskutiert, inwiefern in diesem Zusammenhang von einer nachhaltigen Renaissance des Sozialstaates gesprochen werden kann bzw. wo es zu (punktuellen) Kurskorrekturen gekommen ist. Das Forschungspapier fokussiert sich dabei exemplarisch auf drei Bereichen, die im Zuge der Pandemie umfassend sozialpolitisch adressiert wurden: (das Recht auf) Arbeit, soziale Sicherheit und Wohnung.

¹ <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/ddn-20211116-1> (Zugriff am 23.08.2022)

SOZIALE RECHTE IN DER KRISE

Die Gewährleistung sozialer Rechte ist ein zentrales Prinzip des modernen Sozialstaats. Die „Bereitstellung alternativer, nicht-marktförmiger Mittel der Wohlfahrtsproduktion“ (Esping-Andersen 1998, 36) trägt zur Dekommodifizierung² der Bevölkerung bei, also zur Befreiung von ihrer Marktabhängigkeit. Am stärksten ausgeprägt ist diese Dekommodifizierung in den (,sozialdemokratischen‘) Sozialstaaten, die allen Bürger:innen gleiche Grundsicherungsleistungen garantieren, am schwächsten in den (,liberalen‘) Sozialstaaten, die vom Motiv der Sozialfürsorge geprägt sind (Esping-Andersen 1998). Spätestens ab den 1990er-Jahren hat in Europa ein Trend eingesetzt, in dessen Zuge das Bekenntnis zur Garantie sozialer Rechte abnahm und soziale Rechte zunehmend unter Druck gekommen sind. Ausgelöst durch neoliberal motivierter Um- bzw. Abbautendenzen hat die Unterstützung für Menschen in vulnerablen Situationen kontinuierlich ab- und die soziale Ungleichheit zugenommen. Eine Entwicklung, die nicht zuletzt durch die Finanzkrise wesentlich beschleunigt und verstärkt wurde, wobei vor allem die Bevölkerung der südeuropäischen Länder unter dieser litt (O’Cinneide 2014).

Wie sich Krisen beziehungsweise ,exogene Schocks‘ ganz konkret und unmittelbar auf die Struktur europäischer Sozialstaaten und das Niveau der sozialen Sicherung auswirken, ist seit Jahrzehnten Gegenstand sozialwissenschaftlicher Diskussionen. Während manche in Krisenzeiten kritische Wendepunkte für die institutionelle Entwicklung europäischer Sozialstaaten sehen und darin Raum für politische Veränderungen erkennen, die außerhalb solcher Krisenzeiten kaum denkbar wären (Capoccia & Kelemen 2007; Rixen & Viola 2015), argumentieren andere, dass, empirisch betrachtet, grundlegende Änderungen des Sozialstaates im Anschluss an diverse Krisen eher die Ausnahme, denn die Regel darstellten. Viel eher würden Regierungen auf eine Art ,Krisenroutine‘ setzen, die sich aus der Struktur des jeweiligen Sozialstaates ableiten lassen (Hooren, Kaasch & Starke 2014)

METHODE

Im Rahmen des Forschungsprojektes *Covid-19 und die Europäische Sozialcharta (ESC) - Ein Schauplatz der europäischen Sozialstaats-Debatte* werden die Auswirkungen der Covid-19-Krise bzw. der sozialpolitischen Krisenreaktionen auf die sozialen Menschenrechte untersucht, die in der Europäischen Sozialcharta (völkerrechtlich verbindlich) verankert sind. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf Personen in besonders vulnerablen Situationen und marginalisierten Gruppen. Die in der ESC verankerten sozialen Rechte umfassen unter anderem das Recht auf Arbeit (Artikel 1), das Recht auf

² „Maß, in dem Verteilungsfragen vom Marktmechanismus entkoppelt sind“ (Esping-Andersen 1998). Vgl. dazu auch: Polanyi, Karl. 2021. *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Berlin: Suhrkamp Verlag.

soziale Sicherheit (Artikel 12) und das Recht auf Wohnung (Artikel 31). Die Analyse der sozialpolitischen Krisenreaktion in ausgewählten europäischer Länder sowie der begleitenden Sozialstaats-Debatte soll es außerdem ermöglichen, europäische Trends ebenso zu identifizieren wie potenziell innovative Maßnahmen.

Aufbauend auf einer ersten Sekundärerhebung und der Kategorisierung unterschiedlicher europäischer Wohlfahrtsregime (Esping-Andersen 1990; Ferrera 1996, Aidukaite 2009) sowie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation vor der Krise, dem Ausmaß bzw. innovativen Potenzial der sozialpolitischen Reaktion und der geografischen Lage wurden sieben europäische Länder (Dänemark, Irland, Belgien, Deutschland, Litauen, Spanien, Österreich) ausgewählt, deren sozialpolitische Reaktion auf die Krise näher untersucht wurde. Um die Ergebnisse der Sekundärforschung zu ergänzen bzw. zu untermauern und potenziell vorhandene Leerstellen zu füllen, wurden Interviews mit je einem/einer nationalen Expert:in (Strübing 2018) durchgeführt. Diese ermöglichten detailliertere Einblicke hinsichtlich der Auswirkungen der Covid-19-Krise auf die sozialen Rechte von marginalisierten Gruppen, der sozialpolitischen Maßnahmen sowie der nationalen Diskurse zum Thema Sozialstaat. Bei den befragten Expert:innen handelt es sich um Personen aus dem akademischen Bereich ebenso wie um zentrale Stakeholder aus den Bereichen Sozialpolitik bzw. soziale Rechte.

VON TRENDS UND INNOVATIONEN

Wirft man einen Blick auf die sozialpolitischen Reaktionen europäischer Staaten auf die Covid-19-Krise, lassen sich bestimmte Trends feststellen. Einerseits fiel die sozialpolitische Reaktion in den meisten Ländern sehr umfassend aus. Dass diese umfassenden Krisenreaktionen zugleich eine große gesellschaftliche Unterstützung genossen, ist nicht zuletzt auf die Tatsache zurückzuführen, dass von dieser Reaktion breite Teile der Bevölkerung – darunter auch Personengruppen, die klassischerweise nicht durch staatliche Sozialpolitik adressiert werden – profitierten. Viele europäische Sozialstaaten reagierten beispielsweise umfassend auf die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf den Arbeitsmarkt, verbesserten den Zugang zu Sozialhilfeleistungen und ergriffen Maßnahmen zum Schutz der Wohnsituation der Bevölkerung. Die Auswirkungen der Pandemie auf die Arbeitsrealität vieler Menschen befeuerte außerdem Diskussionen über Digitalisierung, Telearbeit und Arbeitszeitverkürzung bzw. die Einführung einer 4-Tage-Woche. Auf diskursiver Ebene rückte die Pandemie darüber hinaus den Sozialstaat und seine Bedeutung als Garant sozialer Rechte verstärkt in den öffentlichen Fokus.

UMFASSENDE INTERVENTIONEN AM ARBEITSMARKT

Mit Verhängung der gesundheitspolitischen Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens schossen die Arbeitslosenzahlen im Frühjahr 2020 in ganz Europa durch die Decke. Dabei zeigte sich schnell, dass von den negativen Auswirkungen am Arbeitsmarkt jene Personen besonders stark betroffen waren, die bereits vor der Pandemie mit prekären Arbeits- bzw. Beschäftigungsbedingungen konfrontiert waren, beispielsweise Frauen, ältere Arbeitnehmer:innen, Personen mit Migrationshintergrund oder Niedrigqualifizierte (Fana, Torrejon Pérez & Fernández-Macías 2020; Pouliakas & Branka 2020; Theurl 2020). Neben der Bedrohung, die das Virus für die Gesundheit der Bevölkerung darstellte, wurden zu Beginn der Pandemie vor allem die Folgen für die (regulär) Beschäftigten adressiert. In so gut wie allen EU-Staaten wurden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in bis dato unbekanntem Umfang ergriffen. Neben Unterstützungsleistungen für Arbeitnehmer:innen die selbst an Covid-19 erkrankten, sich in Quarantäne befanden oder sich um erkrankte Angehörige kümmern mussten, wurde Kurzarbeits-, Kurzzeitarbeitslosigkeits- und Lohnsubstitutionssysteme eingeführt oder bestehende Instrumente ausgebaut, um die massiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt abzufedern (Eurofound 2021; Moreira & Hick 2021).



Tabelle 1: Entwicklung der Arbeitslosenquote in der EU bzw. Eurozone. Quelle: Eurostat, 2022

Zwar stieg die Arbeitslosenquote in den EU-Staaten vor allem im Frühjahr 2020 massiv, allerdings fiel dieser Anstieg aufgrund der umfangreichen arbeitsmarktpolitischen Interventionen deutlich geringer aus als während der Finanzkrise. Ein Problem, dass sich mit Blick auf die Kurzarbeits-,

Kurzzeitarbeitslosigkeits- und Lohnsubstitutionssysteme jedoch rasch herauskristallisierte, war, dass marginalisierte Gruppen oft keinen oder nur einen sehr eingeschränkten Zugang zu den entsprechenden Leistungen hatten. Etwa, weil Karenzzeiten nicht angerechnet oder Geringverdienende benachteiligt wurden (Cook & Grimshaw 2021). Verloren vormals (regulär) Beschäftigte den implementierten Instrumenten zum Trotz ihren Arbeitsplatz, profitierten sie in vielen Ländern von temporär erhöhten Arbeitslosenzahlungen, einmaligen Zuschüssen oder einer ausgedehnten Bezugsdauer (European Commission 2021). So wurde etwa in Dänemark die Obergrenze für Arbeitslosenzahlungen von rund 19.000 auf rund 25.000 Dänische Kronen (ca. 3.350 Euro) angehoben und ein Bezug zwischen 1. März 2020 und 31. August 2020 wurde nicht auf die zwei Jahre angerechnet, in denen Anspruch auf Arbeitslosengeld³ besteht (Eurofound 2020a). In Belgien, oft zitiertes Beispiel für ein degressives Arbeitslosengeld, wurde eben diese Degression bis Anfang Oktober 2021 eingefroren. Argumentiert wurde dies damit, dass die Degression Personen angesichts der schwierigen Situation am Arbeitsmarkt direkt in die Armut treiben würde.⁴ In Litauen wurde während der Pandemie erstmals ein einkommens-unabhängiges Arbeitslosengeld eingeführt. Dieses wurde später zwar wieder ausgesetzt, allerdings gibt es aktuell Diskussionen darüber, ob das bestehende Modell um eine einkommens-unabhängige Komponente erweitert werden soll. Darüber hinaus wurden in einigen Ländern vorhandene Sperrfristen beim Bezug von Arbeitslosengeld aufgehoben oder die für einen Bezug vorausgesetzte Mindestdauer der vorangegangenen Beschäftigung reduziert (Greve et al. 2021, Spasova et al. 2021).

Zu jenen Personengruppen, die von der Krise am Arbeitsmarkt besonders hart getroffen wurden, gehörten auch junge Arbeitnehmer:innen. Wie bereits in der bzw. im Anschluss an die Finanzkrise hat sich ihre Beschäftigungssituation auch in der Covid-19-Krise überproportional stark verschlechtert. In einzelnen, vor allem einkommensstärkeren Ländern fiel die Beschäftigungsquote unter jungen Männern und Frauen teils fünfmal so stark wie unter den übrigen Altersgruppen (ILO 2021). Während sich die Situation am Arbeitsmarkt inzwischen einigermaßen erholt hat, fiel diese Erholung bei der Jugendarbeitslosigkeit schwächer aus als bei der allgemeinen Arbeitslosenquote (European Commission 2022). Dabei muss davon ausgegangen werden, dass die entsprechenden Zahlen das Problem nur unzureichend abbilden, weil der Verlust des Arbeitsplatzes während der Pandemie bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen oft in einem Rückzug vom Arbeitsmarkt resultierte (ILO 2021). Dass jüngere Arbeitnehmer:innen von Wirtschaftskrisen in der Regel besonders hart getroffen werden, hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass sie erst am Beginn ihrer Erwerbslaufbahn stehen und sich

³ Anspruch auf Arbeitslosenzahlungen haben in Dänemark grundsätzlich nur Personen, die zuvor freiwillig in eine Arbeitslosenkasse eingezahlt haben.

⁴ <https://www.brusselstimes.com/news/business/105517/coronavirus-belgium-will-not-reduce-unemployment-benefits> (Zugriff am 24.08.2022)

daher oft in prekären und befristeten Arbeitsverhältnissen befinden. Während unter erwachsenen Arbeitnehmer:innen jede:r Zehnte über einen befristeten Arbeitsvertrag verfügt, ist es unter jungen Arbeitnehmer:innen rund jede:r Zweite (European Commission 2022). In einigen Ländern wurden während der Covid-19-Krise daher Maßnahmen ergriffen, die die Arbeitsmarktsituation von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen absichern und verbessern sollten. Neben Maßnahmen wie Einkommensunterstützung und einem Ausbau des Angebots hinsichtlich der Arbeitsvermittlung für Jugendliche und junge Erwachsene implementierten einige Länder spezielle Anreize, um deren Einstellung zu fördern (Eichhorst et al. 2022). In Frankreich führte die Subventionierung längerfristiger bzw. unbefristeter Arbeitsverträge für Jugendliche und junge Erwachsene laut einer im Mai 2021 veröffentlichten Studie des Ministeriums für Arbeit beispielsweise dazu, dass sich diese häufiger in unbefristeten bzw. langfristigen Arbeitsverträgen befinden (Dares 2021).

TEMPORÄRE INTEGRATION (SOLO-)SELBSTSTÄNDIGER

Während das Sozialsystem in der Krise vor allem diejenigen gut schützte, die bereits zuvor von diesem erfasst waren, war die Situation vor allem für jene prekär, bei denen dies nicht der Fall war. Dazu zählten neben vielen atypisch Beschäftigten auch (Solo-)Selbstständige. Diese waren in vielen Ländern von arbeitsmarktpolitischen ad hoc Maßnahmen (wie beispielsweise den Kurzarbeitsinstrumenten) ebenso wenig erfasst wie von den etablierten Arbeitslosenversicherungssystemen bzw. hatten nur einen eingeschränkten Zugang zu diesen (Seemann et al. 2021). Dabei war es gerade diese Gruppe von Berufstätigen, die von der Covid-19-Krise besonders stark betroffen war. (Solo-)Selbstständige arbeiten häufig in Branchen, die von den verhängten Maßnahmen überproportional negativ betroffen waren, etwa der Gastronomie oder Kultur- und Freizeitbranche, und sind im Regelfall sozial wesentlich schlechter abgesichert als abhängig Beschäftigte (Sperber, Giehl & Walwei 2021). Im Rahmen der Covid-19-Krise wurden daher in allen EU-Staaten Maßnahmen ergriffen, um Selbstständige zu unterstützen, mit Einkommensverlusten zu kämpfen hatten (Spasova et al. 2021). Dabei implementierte die Staaten unterschiedliche Formen der finanziellen Unterstützungsleistungen. Diese umfassten etwa Zuschüsse für (laufende) Geschäftskosten oder die Auszahlung von Leistungen, die (gedeckelt) auf Basis des Einkommens vor der Pandemie bemessen wurden. Die meisten Länder setzten allerdings auf Einmalzahlungen (Seemann et al. 2021; Spasova & Regazzoni 2022).

So beispiellos diese Maßnahmen in vielen Ländern waren, waren sie in der Regel doch nur von temporärem Charakter. Die strukturelle Exklusion vieler Selbstständiger (und anderer atypisch Beschäftigter) aus den sozialen Sicherungssystemen wurde durch die Maßnahmen nicht nachhaltig behoben. Im Gegensatz zu den Kurzarbeitsinstrumenten und anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die zu Gunsten abhängig Beschäftigter ergriffen wurden, wurden die Instrumente für Selbstständige außerdem oft erst zeitverzögert implementiert. Unklarheiten bezüglich der

Förderkriterien und dem Kreis der Begünstigten sorgten häufig für Verwirrung. Das führte im Endeffekt dazu, dass viele potenzielle Bezieher:innen ohne Unterstützung blieben (Seemann et al. 2021). Tendenziell hat die Pandemie vielerorts jedoch zumindest dazu geführt, dass die soziale Absicherung von (Solo-)Selbstständigen verstärkt diskutiert wird. Die Covid-19-Krise diente auch diesbezüglich vielerorts als Katalysator für eine Debatte, die – wohl nicht zuletzt aufgrund des Aufkommens neuer Unternehmensmodelle wie beispielsweise der Plattformwirtschaft – bereits in den Jahren vor der Pandemie verstärkt geführt wurde.

NIEDERSCHWELLIGER ZUGANG ZU SOZIALHILFE

In vielen Ländern wurden auf die Pandemie bzw. die mit den gesundheitspolitischen Maßnahmen einhergehenden Auswirkungen und die damit verbundenen Einkommensverluste bedeutender Bevölkerungsteile mit einer Erleichterung des Zugangs zu Sozialhilfeleistungen reagiert (European Commission 2021). So wurde in Deutschland beim Bezug von Arbeitslosengeld II („Hartz 4“) ein Sanktionsmoratorium⁵ erlassen und die Vermögensprüfungen ausgesetzt. Beide Maßnahmen sind aktuell noch in Kraft. Das Sanktionsmoratorium wird vonseiten der deutschen Bundesregierung außerdem als „Zwischenschritt“ auf dem Weg zu einem sogenannten „Bürgergeld“ gesehen, in dem das Thema Sanktionen grundsätzlich neu geregelt werden soll⁶. In Litauen gestaltete sich der Zugang zur Mindestsicherung vor der Pandemie sehr strikt. Obwohl vonseiten der Politik bzw. der Behörden befürchtet wurde, dass es anschließend zu einer Explosion der Antragszahlen kommen könnte, wurde die Vermögensprüfung im Zuge der Covid-19-Krise auch hier ausgesetzt. Ein signifikanter Anstieg der Zahlen blieb aus und die Maßnahme bleibt nun mindestens bis zum Jahr 2024 in Kraft. Die Pandemie hat hier also den Rahmen dafür geschaffen, einen erleichterten Zugang zur Mindestsicherung auszutesten und gezeigt, dass ein solcher für die politisch Verantwortlichen auch über die Krise hinaus eine gangbare Option darstellt. In Spanien wurde im Rahmen der Covid-19-Krise erstmals ein landesweites Mindesteinkommen eingeführt. Im Gegensatz zu den früheren Modellen der finanziellen Unterstützungsleistung für Menschen in prekären Situationen in den einzelnen autonomen Regionen ist dieses nicht mehr abhängig vom politischen Willen und den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen.

Hinsichtlich eines niederschweligen Zugangs zu sozialen Unterstützungsangeboten bzw. –leistungen brachten außerdem die im Zuge der Pandemie rasant fortschreitende Digitalisierung des Angebots sowie die in vielen Ländern und Bereichen verhängten Einschränkungen des Parteienverkehrs sowohl

⁵ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw20-de-sanktionsmoratorium-hartz-iv-894686> (Zugriff am 25.08.2022)

⁶ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/sanktionen-grundsicherung-2009920> (Zugriff am 25.08.2022)

Chancen als auch Gefahren mit sich. So kritisierten Expert:innen einerseits, dass durch den teils ausschließlich digitalen Zugang zu bestimmten Angeboten und Leistungen jene Personen und Gruppen vom Zugang zu den selbigen ausgeschlossen wurden, die nicht über die erforderlichen digitale Fertigkeiten verfügen – Stichwort ‚digital divide‘. Das betrifft oft arme bzw. armutsgefährdete sowie ältere Personen. Auf der anderen Seite sehen einzelne Expert:innen in der fortschreitenden Digitalisierung aber auch das Potenzial, dass der Zugang für einzelne Personengruppen (etwa in ruraleren Gebieten) erleichtert wird und physische Hürden wegfallen.

Eine Thematik, die während der Pandemie speziell angesichts der essenziellen Bedeutung der Gesundheitsversorgung und der sozialen Absicherung in den Fokus rückte, war der fehlende Einbezug von bestimmten, oft marginalisierten Personengruppen in das Sozialsystem. Davon betroffen sind häufig auch Asylwerber:innen, undokumentierten Arbeitsmigrant:innen und anderen Personen mit prekärem Aufenthaltstitel. Einige Länder implementierten daher im Zuge der Krise Modelle, in denen diese Personengruppen (oder Teile davon) zumindest temporär in das Sozialsystem einbezogen bzw. ihnen Zugang zum Gesundheitssystem gewährt wurde (Mukumbang 2020). In Irland wurde Arbeitsmigrant:innen ohne dokumentierten Aufenthaltsstatus der Zugang zu Unterstützungsleistungen – beispielsweise zum implementierten Covid-19-Arbeitslosen- bzw. Krankengeld – ermöglicht. Das stellte ein Novum dar, hatten diese doch zuvor keinerlei Anspruch auf irgendeine Form von sozialen Unterstützungszahlungen. Außerdem wurden ihre Daten nicht an das Justizministerium weitergegeben⁷, wodurch sie vor folgenden Repressalien weitgehend geschützt waren. Auch Asylsuchende, die ihren Arbeitsplatz im Zuge der Pandemie verloren hatten, erhielten ab Juli 2020 (rückwirkend) Zugang zum Covid-19-Arbeitslosengeld. Eine stärkere Inklusion in das irische Sozialsystem zeichnet sich hier auch zukünftig ab. Während Asylsuchende bisher nur rund 15 % des üblichen Satzes erhielten, sollen sie ab Mitte 2024 die gleichen Ansprüche auf Sozialhilfe haben wie irische oder EU-Staatsbürger:innen. Ebenfalls ab 2024 sollen Asylsuchende außerdem von besseren Wohnbedingungen („own-door accomodation“) und besseren Verpflegungsmöglichkeiten profitieren.

VERÄNDERUNG DER ARBEITSWELT

Die Pandemie führte zu tiefgreifenden Veränderungen in der Arbeitswelt. Unter anderem explodierte vor allem während der verhängten ‚Lockdowns‘ die Zahl jener Arbeitnehmer:innen, die von zuhause – im *Homeoffice* – arbeiteten. Schnell wurde klar, dass damit eine Entwicklung angestoßen war, die auch über die Pandemie hinaus Bestand haben würde. So verdoppelte sich der Anteil jener Arbeitnehmer:innen, die für gewöhnlich von zuhause arbeiten, in der EU zwischen 2019 und 2020 und stieg auf rund 12 Prozent. In einzelnen Regionen, wie beispielsweise der Region Brüssel-Hauptstadt,

⁷ <https://www.mrci.ie/2020/04/22/rights-of-undocumented-workers-to-access-social-welfare-supports-during-covid-19/> (Zugriff am 25.08.2022).

betrug das Plus sogar annähernd 20 Prozent (Eurostat 2021). Allerdings zeigen Untersuchungen auch im Bereich Homeoffice eine gewisse Asymmetrie. So arbeiteten Personen mit höherem Einkommen tendenziell öfter im Homeoffice und Aufgaben in Branchen wie IT oder Unternehmens- bzw. Finanzdienstleistungen konnten eher von zuhause erledigt werden wie Tätigkeiten im Gesundheitswesen, im Transport oder im Baugewerbe (Adams-Prassl et al. 2022). In einigen europäischen Ländern befeuerte die Covid-19-Krise aber auch die öffentliche Debatte über eine Arbeitszeitverkürzung bzw. eine verkürzte Arbeitswoche. So zum Beispiel in Spanien, wo (auch) in Reaktion auf die Herausforderungen, die die Pandemie für den Arbeitsmarkt mit sich brachte, ein Modellprojekt zur Einführung einer 4-Tage-Woche⁸ mit 32 Arbeitsstunden und bei vollem Lohnausgleich implementiert wurde. Finanziert wurden die 50 Millionen Euro für das Projekt durch Mittel aus dem EU-Wiederaufbaufonds. In Belgien wurde vor Kurzem zwar das Recht auf eine 4-Tage-Woche gesetzlich verankert, allerdings bei gleichbleibender Arbeitszeit. Anstatt einer Arbeitszeitreduktion stellt diese Maßnahme daher eher eine Verdichtung der Arbeitszeit dar.

DAS RECHT AUF WOHNUNG

Ein soziales Recht, das im Zuge der Covid-19-Krise deutlich stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt ist und in vielen Ländern teils umfangreich politisch adressiert wurde, ist das Recht auf Wohnung. Obdach- bzw. wohnungslosen Personen fehlten in einer Zeit, in der die Bevölkerung aufgerufen wurde, in den eigenen vier Wänden zu bleiben, genau diese. In vielen Ländern hatten die Betroffenen darüber hinaus mit einer massiven Einschränkung der Hilfs- und Unterstützungsstrukturen zu kämpfen, beispielsweise weil viele Notschlafstellen temporär geschlossen wurden oder nicht voll belegt werden konnten (Pleace et al. 2021). Für Hypothekenehmer:innen stellten vor allem Einkommensverluste eine ernst zu nehmende Gefahr dar. Aber auch für viele Mieter:innen führte die Pandemie zu einer Verschlechterung ihrer Wohnsituation. In besonderem Maß betraf das jene, die bereits vor der Krise mit prekären Wohnverhältnissen konfrontiert waren (Waldron 2022). Enge, Überbelegung, eine schlechte Bausubstanz oder ein fehlender Zugang zu Frei- bzw. Grünflächen führten dazu, dass die Bewohner:innen besonders unter den verhängten Ausgangssperren bzw. –beschränkungen litten. Dass ärmere Menschen davon in besonderem Ausmaß betroffen waren, hat unter anderem auch damit zu tun, dass die Qualität und Quantität von öffentlichen Grünflächen in ärmeren Vierteln bzw. Vierteln mit einem hohen Migrationsanteil deutlich niedriger ist (Kabisch & Haase 2014; Vries, Buijs & Snep 2020).

Um die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf die Wohnsituation der Bevölkerung abzufedern, wurden in Europa vor allem zwei Bereiche adressiert. Einerseits wurde in vielen Ländern eine Stundung von

⁸ <https://time.com/5948677/four-day-work-week-spain/> (Zugriff am 31.08.2022)

Kredit- bzw. Mietzahlungen ermöglicht, andererseits wurden Zwangsräumungen und die Einstellung der Wasser- und Energieversorgung (für Personen in besonders vulnerablen Situationen) untersagt (Moreira & Hick 2021). In Irland durften außerdem die Mieten bis Juli 2020 nicht erhöht werden (Eurofound 2020). Diese Maßnahmen waren allerdings in der Regel nur von temporärer Dauer. Das führte dazu, dass sich die Situation für viele Mieter:innen nach Auslaufen der implementierten Maßnahmen wieder verschärfte. In Irland, einem Land, das bereits seit den späten 1990er-Jahren mit einer Krise am Wohnungsmarkt kämpft, die sich im Anschluss an die Finanzkrise noch einmal dramatisch verschärft hat (van Aarle, Tielens & Van Hove 2015), reduzierte sich die Zahl der obdachlosen Personen im Zeitraum der Pandemie signifikant (um rund 20 %). Im Sommer 2021 kam es allerdings zu einer Trendumkehr und ein Jahr später befanden sich die Zahlen wieder auf Rekordniveau⁹. Dieser starke, aber temporäre Rückgang der Zahlen befeuerte in Irland die Diskussion darüber, warum das Phänomen Obdachlosigkeit nicht auch über die Krise hinaus nachhaltig bekämpft werden kann. Allgemein hat die Krise in Irland einen Reflexionsprozess darüber angestoßen, welche Rolle dem Staat beim Thema Wohnen zukommt, wobei fraglich bleibt, ob sich dieser Prozess auch in konkreten politischen Maßnahmen niederschlagen wird. Auch in Spanien, wo es im Anschluss an die Finanzkrise ebenfalls zu einem signifikanten Anstieg der Obdachlosigkeit kam (Márquez & Urraza 2015), steigt die Zahl der obdachlosen Personen aktuell weiter und umfasst vor allem immer mehr junge Personen (Maíllo 2022).

ROLLE DES SOZIALSTAATES UND ‚DESERVINGNESS‘

Die Covid-19-Krise und die vielerorts umfassenden sozialpolitischen Krisenreaktionen führten auch dazu, dass der Sozialstaat im Bewusstsein vieler Menschen wieder präsenter wahrgenommen und stärker wertgeschätzt wurde. So zeigt beispielsweise eine Erhebung aus Österreich, dass nach den ersten drei Krisenmonaten rund 60 % der Befragten die Ansicht vertraten, dass der Sozialstaat im Zuge der Krise an Wichtigkeit gewonnen habe (Liedl, Molitor & Steiber 2021). Unklar bleibt dabei bisher, inwiefern es sich dabei um einen längerfristigen Trend handelt. Längsschnitt-Daten aus Deutschland deuten darauf hin, dass es sich eher um kurzzeitige, krisenindizierte Unterstützungsschübe handeln könnte als um eine dauerhafte Veränderung (Ebbinghaus, Lehner & Naumann 2022).

Eine Frage, die angesichts der umfassenden sozialpolitischen Reaktion und der breiten Empfänger:innen-Krise zwar etwas in den Hintergrund rückte, aber dennoch punktuell wirkmächtig war, ist die Frage der ‚deservingness‘ sozialer Unterstützung (Slothuus 2007). Als eine Facette davon ließ sich vielerorts die Unterscheidung in ‚gute‘ bzw. ‚neue‘ und ‚schlechte‘ bzw. ‚alte‘ Erwerbslose oder Empfänger:innen von Sozialhilfeleistungen beobachten. So wurde der Verlust des Arbeitsplatzes bzw.

⁹ <https://www.focusireland.ie/knowledge-hub/latest-figures/> (Zugriff am 23.08.2022)

das Schlitern in eine soziale Notlage im Zuge der Pandemie als tendenziell unverschuldet wahrgenommen, während Personen, die schon zu Beginn der Covid-19-Krise erwerbslos oder auf Sozialleistungen angewiesen waren, eher als selbst dafür verantwortlich galten. Das führte teils zu einer „Neiddebatte“ bzw. einer gesellschaftlichen Spaltung (BMSGPK 2020). Ein Beispiel für die in diesem Zusammenhang unterschiedlichen Leistungsniveaus ist Belgien, wo die Unterstützungsleistungen für ‚neue‘ Empfänger:innen sozialstaatlicher Leistungen deutlich großzügiger ausfielen (Cantillon, Seelbei-Kaiser & Veen 2021). Ein anschauliches Beispiel dafür, wie sich diese Unterscheidung ganz konkret in unterschiedlichen Leistungshöhen niederschlugen, liefert aber auch Irland. Dort erhielten Personen, die ihren Arbeitsplatz aufgrund der Pandemie verloren haben, mit 350 Euro pro Woche deutliche mehr Unterstützung als, mit 208 Euro pro Woche, Personen, die bereits zuvor oder (vermeintlich) unabhängig von der Covid-19-Krise ihren Arbeitsplatz verloren. An Covid-19 erkrankte Personen erhielten außerdem höhere Krankenstandzahlungen. Damit wollte die Regierung laut eigenen Angaben einen größeren Anreiz für infizierte Personen schaffen, zuhause zu bleiben. Diese unterschiedlichen Leistungsniveaus waren durchaus Gegenstand von Kritik. So wurde in Irland unter anderem kritisiert, dass Personen Empfänger:innen bestimmter Sozialleistungen von 208 Euro pro Wochen leben sollen, während im Rahmen der Pandemie 350 Euro pro Woche als zumutbare Untergrenze betrachtet wurden.

DISKUSSION UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die sozialpolitische Reaktion der untersuchten Staaten auf die Krise fiel durch die Bank umfassend aus. Allerdings zeigte sich auch, dass diese Reaktion einerseits vom fiskalischen Handlungsspielraum geprägt war, andererseits aber auch von der Struktur der jeweiligen sozialstaatlichen Modelle (Seemann et al. 2021). Bestehende sozialpolitische Instrumente wurden durch temporär begrenzte Ad-hoc-Maßnahmen wie beispielsweise Einmalzahlungen ergänzt. Außerdem setzten viele Länder auf Instrumente, die bereits im Rahmen der Finanzkrise implementiert wurden und sich im Zuge dessen bewährt haben, allen voran die Kurzarbeit. Zu strukturellen Änderungen kam es in den untersuchten Ländern hingegen kaum. Vieles deutet jedenfalls darauf hin, dass die europäischen Sozialstaaten angesichts des ‚exogenen Schocks‘ eher auf eine ‚Krisenroutine‘ setzten, denn auf strukturelle Änderungen des Sozialsystems. Eine der Ausnahmen stellt in Teilbereichen Litauen dar. Das Land, das stark unter den Folgen der Finanzkrise litt und dessen Sozialausgaben in der Vergangenheit vergleichsweise gering ausfielen, setzte im Zuge der Pandemie auf eine Krisenreaktion, die laut Expert:innen klar vom Gedanken der Solidarität geprägt war. Einige der im Zuge der Pandemie ergriffenen Maßnahmen, etwa höhere Heizkostenzuschüsse für einkommensschwache Familien oder der erleichterte Zugang zu Sozialhilfeszahlungen, sollen auch über die Pandemie hinaus in Kraft bleiben (Aidukaite et al. 2021). Darüber hinaus lässt sich ein Trend hin zur Ausweitung von universellen

Leistungen erkennen, der auch von der Bevölkerung begrüßt wird (Brazienè et al. 2022). Die Covid-19-Krise diente hier quasi als ‚Versuchslabor‘, in dessen Rahmen einzelne Maßnahmen und strukturelle Änderungen des sozialstaatlichen Systems ausgetestet werden konnten.

Aber auch in anderen Ländern haben die Krisenreaktionen in gewissen Bereichen zu Entwicklungen geführt, die langfristig ihre Spuren im Sozialsystem hinterlassen und potenziell zu einer nachhaltigen Verbesserung bzw. Ausweitung des sozialen Sicherungsnetzes führen könnten. Beispielsweise, was die soziale Absicherung von (Solo-)Selbstständigen, Personen mit undokumentiertem Aufenthaltsstatus oder Asylwerber:innen betrifft. Darüber hinaus haben die Covid-19-Krise und die sozialpolitischen Reaktionen der europäischen Sozialstaaten neue Möglichkeiten aufgezeigt und diskursive Räume geöffnet. So zum Beispiel hinsichtlich der Frage, welche Rolle dem Staat bei der Zurverfügungstellung von leistbarem und adäquatem Wohnraum zukommt. Die umfassenden Maßnahmen zum Schutz der Wohnsituation, die in vielen europäischen Ländern ergriffen wurden, können durchaus als Hinweis darauf gewertet werden, dass der in den vergangenen Jahren vielerorts stark erschwerte Zugang zu leistbarem Wohnraum zunehmend auch vonseiten der politischen Entscheidungsträger:innen anerkannt und adressiert wird (Moreira & Hick 2021). Das zeigt sich in vielen Ländern auch im Zuge der aktuellen Energie- und Teuerungskrise, in der einzelne Staaten wiederum auf Maßnahmen setzen, die bereits in der Covid-19-Krise implementiert wurden. So wurde jüngst beispielsweise in Schottland angekündigt, die Mieten bis Ende März 2023 einzufrieren und Zwangsräumungen zu untersagen.¹⁰

Auch wenn sie teils immer noch in den sozialpolitischen Diskurs hineinwirkten und sich in einzelnen Ländern sogar konkret auf die Höhe der sozialstaatlichen Leitungen auswirkten, rückten Diskussionen um die ‚deservingness‘ zumindest temporär eher in den Hintergrund. Die Wichtigkeit einer umfassenden fiskalischen Reaktion wurde kaum infrage gestellt und die Rufe nach neuen Sparmaßnahmen und einem Rückbau sozialstaatlicher Leistungen blieben bisher größtenteils aus. Das hat einerseits zweifellos mit der aktuellen Energie- und Teuerungskrise zu tun, die für große Teile der Bevölkerung eine nicht unwesentliche soziale Bedrohung darstellt, andererseits aber auch mit der Rolle des Sozialstaates beim Schutz der für den Produktionsprozess notwendigen Arbeitskraft sowie seiner Funktion bei der sozialen Befriedung (Heinrich 2005; Offe 2019). Ein nachhaltiges Mittel, sozioökonomische Schieflagen nachhaltig zu entschärfen und zu verhindern, dass sich Krisen auf jene überproportional negativ auswirken, die auch außerhalb von Krisenzeiten mit prekären Arbeits- und Lebensbedingungen konfrontiert sind, ist eine möglichst universelle Garantie von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten (Ferraz 2021). Während das staatliche Bekenntnis zu einer umfassenden Garantie sozialer Rechte in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Ländern und Bereichen abgenommen hat, hat die Covid-19-Krise die Wichtigkeit des Sozialstaates als Garant eben

¹⁰ <https://www.gov.scot/news/rent-freeze-focus-of-programme-for-government/> (Zugriff am 15.09.2022)

dieser sozialen Rechte eindrücklich unterstrichen. Es bleibt abzuwarten, inwiefern sich diese Erfahrungen nachhaltig auf eine universelle Garantie sozialer Rechte für die europäische Bevölkerung auswirken.

Der vorliegende Beitrag versucht anhand exemplarischer Beispiele der sozialpolitischen Krisenreaktionen europäischer Sozialstaaten bestimmte Trends und Diskurse nachzuzeichnen sowie Maßnahmen mit innovativem Potenzial zu identifizieren. Während die meisten temporär implementierten Maßnahmen bereits ausgelaufen sind, wurde die Laufzeit in manchen Fällen zumindest mittelfristig verlängert. Punktuell kam es sogar zu längerfristigen Ausweitungen des sozialen Sicherungssystems. Um festzustellen, inwiefern bestimmte Personengruppen längerfristig von einzelnen Maßnahmen profitieren bzw. wie „effektiv“ die beschriebenen Maßnahmen waren, sind weitere empirische Untersuchungen notwendig. Beachtet werden muss bei einer Analyse der sozialpolitischen Reaktion auf die die Covid-19-Krise außerdem, dass der sozialpolitische Kurs der jeweiligen Länder in den vergangenen rund zweieinhalb Jahren oft auch wesentlich von diversen innenpolitischen Entwicklungen, etwa anstehenden Wahlen oder Regierungsübernahmen, beeinflusst wurde. Themen wie beispielsweise die (fehlende) soziale Absicherung von Selbstständigen wurden in diversen Ländern bereits vor der Pandemie debattiert. Die Covid-19-Krise hat diese Debatten allerdings stark befeuert. Nicht zuletzt deshalb, weil sie die drohenden Konsequenzen einer lückenhaften sozialen Absicherung dramatisch offengelegt hat.

DANKSAGUNG & FINANZIERUNG

Mein Dank gilt allen Interviewpartner:innen, die durch ihre Expertise ganz wesentlich zu diesem Projekt beigetragen haben.

Das Forschungsprojekt, in dessen Rahmen dieses Forschungspapier entstand, wurde durch das Netzwerk Wissenschaft der AK Wien finanziert.

Literatur

Aarle, Bas van, Joris Tielens, und Jan Van Hove. 2015. The Financial Crisis and Its Aftermath: The Case of Ireland. *International Economics and Economic Policy*, 12 (3), S. 393–410.

<https://doi.org/10.1007/s10368-014-0305-8>

Adams-Prassl, Abi; Boneva, Teodora; Golin, Marta; Rauh, Christopher. 2020. Inequality in the Impact of the Coronavirus Shock: Evidence from Real Time Surveys. *Journal of Public Economics*, 189.

<https://doi.org/10.1016/j.jpubeco.2020.104245>.

Adams-Prassl, Abi; Boneva, Teodora; Golin, Marta; Rauh, Christopher. 2022. Work That Can Be Done from Home: Evidence on Variation within and across Occupations and Industries. *Labour Economics*, 74. <https://doi.org/10.1016/j.labeco.2021.102083>

Aidukaite, Jolanta. 2009. Old welfare state theories and new welfare regimes in Eastern Europe: Challenges and implications. *Communist and Post-Communist Studies*, 42 (1), S. 23-39.
<https://doi.org/10.1016/j.postcomstud.2009.02.004>

Aidukaite, Jolanta; Saxonberg, Steven; Szelewa, Dorota; Szikra, Dorottya. 2021. Social Policy in the Face of a Global Pandemic: Policy Responses to the COVID-19 Crisis in Central and Eastern Europe. *Social Policy & Administration*, 55 (2), S. 358–73. <https://doi.org/10.1111/spol.12704>

BMSGPK. 2020. *Arbeitsbetroffene und die Corona-Krise 2.0. Eine zweite Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht der Betroffenen*. Wien: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

Brazienė, Rūta; Lazutka, Romas; Guogis, Arvydas; Gudelis, Dangis. 2022. The Impact of COVID-19 on Income and Employment: Policy Responses and a Subjective Assessment by the Lithuanian Population of the Measures Applied. *Journal of Baltic Studies*, 53 (1), S. 119–36.
<https://doi.org/10.1080/01629778.2021.2024585>

Cantillon, Bea, Martin Seeleib-Kaiser, und Romke Veen. 2021. The COVID -19 Crisis and Policy Responses by Continental European Welfare States. *Social Policy & Administration*, 55 (2), S. 326–38.
<https://doi.org/10.1111/spol.12715>

Capoccia, Giovanni; Kelemen, R. Daniel. 2007. The Study of Critical Junctures: Theory, Narrative, and Counterfactuals in Historical Institutionalism. *World Politics*, 59 (3), S. 341–69.
<https://doi.org/10.1017/S0043887100020852>

Cook, Rose; Grimshaw, Damian. 2021. A gendered lens on COVID-19 employment and social policies in Europe. *European Societies*, 23:sup1, S. 215-227. <https://doi.org/10.1080/14616696.2020.1822538>

Dares (2021): *Quels ont été les effets de l'aide à l'embauche des jeunes sur l'emploi des jeunes? Premières évaluations*. Ministère du Travail, du Plein emploi et de l'Insertion

Ebbinghaus, Bernhard; Lehner, Lukas; Naumann, Elias. 2022. Welfare State Support during the COVID -19 Pandemic: Change and Continuity in Public Attitudes towards Social Policies in Germany. *European Policy Analysis*. <https://doi.org/10.1002/epa2.1152>

Eichhorst, Werner; Marx, Paul, Rinne, Ulf; Brunner, Johannes. 2022. *Promoting youth employment during COVID-19: A review of policy responses*. International Labour Organization. Online: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/documents/publication/wcms_849466.pdf (Zugriff am 02.09.2022)

Esping-Andersen, Gøsta. 1990. *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton: Princeton University Press

Esping-Andersen, Gøsta. 1998. Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: Lessenich, Stephan; Ostner, Ilona (Hg): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus: Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*. Frankfurt/Main: Campus Verlag, S. 19-58

Eurofound. 2020. *Restrictions on evictions and rent freezes for landlord*. EU PolicyWatch, Dublin. https://static.eurofound.europa.eu/covid19db/cases/IE-2020-13_819.html (Zugriff am 24.08.2022)

Eurofound. 2020a. *Increased access to unemployment benefits and sickness benefits*. EU PolicyWatch, Dublin. https://static.eurofound.europa.eu/covid19db/cases/DK-2020-10_634.html (Zugriff am 25.08.2022)

Eurofound. 2021. COVID-19: *Implications for employment and working life*. COVID-19 series. Luxemburg: Publications Office of the European Union

European Commission. 2021. *Social Protection and Inclusion Policy Responses to the COVID-19 Crisis: An Analysis of Policies in 35 Countries*. Luxemburg: Publications Office of the European Union

European Commission. 2022. *Employment and Social Developments in Europe. Young Europeans: employment and social challenges ahead*. Luxemburg: Publications Office of the European Union

Eurostat. 2021. *Working from home across EU regions in 2020*. Online: <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/ddn-20210923-1> (Zugriff am 31.08.2021)

Fana, Marta; Torrejón Pérez, Sergio; Fernández-Macías, Enrique. 2020. Employment Impact of Covid-19 Crisis: From Short Term Effects to Long Terms Prospects. *Journal of Industrial and Business Economics*, 47 (3), S. 391–410. <https://doi.org/10.1007/s40812-020-00168-5>

Ferraz, Octávio Luiz Motta. 2021. Covid-19 and inequality: the importance of social rights. *King's Law Journal*, doi: 10.1080/09615768.2021.1885329

Ferrera, Maurizio. 1996. The “Southern Model” of Welfare in Social Europe. *Journal of European Social Policy*, 6 (1), S. 17-37

Grasso, Maria; Klicperová-Baker, Martina; Koos, Sebastian; Kosyakova, Yuliya; Petrillo, Antonello; Vlase, Ionela. 2021. The Impact of the Coronavirus Crisis on European Societies. What Have We Learnt and Where Do We Go from Here? – Introduction to the COVID Volume. *European Societies*, 23 (sup1), S. S2–32. <https://doi.org/10.1080/14616696.2020.1869283>

Greve, Bent; Blomquist, Paula; Hvinden, Bjørn; Gerven, Minna van. 2021. Nordic Welfare States—Still Standing or Changed by the COVID -19 Crisis? *Social Policy & Administration*, 55 (2), S. 295–311. <https://doi.org/10.1111/spol.12675>

Heinrich, Michael. 2005. *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung*. Stuttgart: Schmetterling Verlag

Hooren, Franca van; Kaasch, Alexandra; Starke, Peter. 2014. The Shock Routine: Economic Crisis and the Nature of Social Policy Responses. *Journal of European Public Policy*, 21 (4), S. 605–23. <https://doi.org/10.1080/13501763.2014.887757>

ILO. 2021. *An update on the youth labour market impact of the COVID-19 crisis*. Statistical Brief. Online: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/documents/briefingnote/wcms_795479.pdf (Zugriff am 31.08.2022)

Kabisch, Nadja; Haase, Dagmar. 2014. Green Justice or Just Green? Provision of Urban Green Spaces in Berlin, Germany. *Landscape and Urban Planning*, 122, S. 129–39. <https://doi.org/10.1016/j.landurbplan.2013.11.016>

Liedl, Bernd; Molitor, Philipp; Steiber, Nadia. Einstellung zum Sozialstaat in der COVID-19 Gesundheits- und Arbeitsmarktkrise. *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft*, 210

Maíllo, Guillermo Fernández. 2022. *Homelessness trends in post-pandemic Spain*. FEANTSA – European Federation of National Organisations Working with the Homeless. Online: <https://www.feantsa.org/en/news/2022/04/26/social-exclusion-and-covid-19-in-spain-faciam-releases-new-report> (Zugriff am 24.08.2022)

Moreira, Amílcar; Hick, Rod. 2021. COVID-19, the Great Recession and social policy: Is this time different? *Social Policy & Administration*, 55, S. 261-279, doi: 10.1111/spol.12679

Mukumbang, Ferdinand C. 2020. Are Asylum Seekers, Refugees and Foreign Migrants Considered in the COVID-19 Vaccine Discourse? *BMJ Global Health*, 5 (11). <https://doi.org/10.1136/bmjgh-2020-004085>.

O’Cinneide, Colm. 2014. Austerity and the faded dream of a ‘social Europe’. In: Nolan, Aoife (Hg): *Economic and Social Rights after the Global Financial Crisis*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 169-201

Offe, Claus. 2019. *Der Wohlfahrtsstaat und seine Bürger*. Wiesbaden: Springer Fachmedien

Pleace, Nicholas; Baptista, Isabel; Benjaminsen, Lars; Busch Geertsema, Volker; O’Sullivan, Eoin; Teller, Nora. 2021. *European Homelessness and COVID 19*. European Observatory on Homelessness

Pouliakas, Konstantinos; Branka, Jiri. 2020. EU Jobs at Highest Risk of Covid-19 Social Distancing: Will the Pandemic Exacerbate Labour Market Divide? *IZA Discussion Paper* no. 13281. <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3608530>

Seemann, Anika; Becker, Ulrich; He, Linxin; Hohnerlein, Eva Maria; Wilman, Nikola. 2021. Protecting Livelihoods in the COVID-19 Crisis: A Comparative Analysis of European Labour Market and Social Policies. *Global Social Policy*, 21 (3), S. 550–68. <https://doi.org/10.1177/14680181211019281>

Slothuus, Rune. 2007. Framing Deservingness to Win Support for Welfare State Retrenchment. *Scandinavian Political Studies*, 30 (3), S. 323–44. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9477.2007.00183.x>

Spasova, Slavina; Ghailani, Dalila; Sabato, Sebastiano; Coster, Stephanie; Fronteddu, Boris; Vanhercke, Bart. 2021. *Non-standard Workers and the Self-employed in the EU: Social Protection During the Covid-19 Pandemic*. ETUI Research Paper. <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3802372>

Spasova, Slavina; Regazzoni, Pietro. 2022. Income Protection for Self-employed and Non-standard Workers during the COVID-19 Pandemic. *International Social Security Review*, 75 (2), S. 3–24. <https://doi.org/10.1111/issr.12292>.

Sperber, Carina; Giehl, Daniel; Walwei, Ulrich. 2021. *Warum die Corona-Krise atypisch Beschäftigte besonders stark trifft*. IAB-Forum – Magazin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Online: <https://www.iab-forum.de/warum-die-corona-krise-atypisch-beschaeftigte-besonders-stark-trifft/> (Zugriff am 25.08.2022)

Strübing, Jörg. 2018. *Qualitative Sozialforschung*. Berlin/München/Boston: De Gruyter

Theurl, Simon. 2020. *Die ungleichen Auswirkungen der COVID-Krise auf den Arbeitsmarkt*. In: BEIGEWURM (Hg): *Covid-Kaleidoskop. Wie die Krise die Ungleichheit verschärft*. Wien: BEIGEWURM

Vries, Sjerp de; Buijs, Arjen E.; Snep, Robbert P. H. 2020. Environmental Justice in The Netherlands: Presence and Quality of Greenspace Differ by Socioeconomic Status of Neighbourhoods. *Sustainability*, 12 (15). <https://doi.org/10.3390/su12155889>.

Waldron, Richard. 2022. Experiencing Housing Precarity in the Private Rental Sector during the Covid-19 Pandemic: The Case of Ireland. *Housing Studies*. <https://doi.org/10.1080/02673037.2022.2032613>